

AFFÄREN

# Gefangener der Vergangenheit

Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) gerät sunter Druck: weil er offenbar mitverantwortlich dafür ist, dass der Bremer Murat Kurnaz jahrelang in Guantanamo in Haft blieb.

Frank-Walter Steinmeier (SPD), deutscher Außenminister und amtierender Ratspräsident der Europäischen Union, wählte sich vergangene Woche wieder einmal im Herzen der Weltpolitik. Mittwochabend empfing er die amerikanische Außenministerin Condoleezza Rice zum trauten Abendessen in einer Suite des Ritz-Carlton in Berlin. Die beiden diskutierten, wie Steinmeier stolz berichtete, „neben den kleinen Schritten auch über den politischen Horizont“ des Friedensprozesses in Nahost. Am Donnerstag dann traf er in Wien den frisch vereidigten österreichischen Bundeskanzler Alfred Gusenbauer zum Tête-à-tête über die europäische Verfassung.

Doch während Steinmeier die Zukunft der Welt mitgestalten wollte, wurde er abrupt von der Vergangenheit eingeholt – von der Frage, ob er als einstiger Kanzleramtschef der rot-grünen Regierung die politische Verantwortung dafür trägt, dass der Bremer Türke Murat Kurnaz, 24, jahrelang in Guantanamo saß, obwohl er längst zu Hause bei seiner Familie im Arbeiterviertel Hemelingen hätte sein können.

Ausgerechnet der Auftritt jenes Mannes, der Abgeordneten wie Öffentlichkeit jahrelang als Sonderling erschien, hat vergangene Woche ein politisches Beben ausgelöst, das am Ende den Außenminister sogar das Amt kosten könnte.

Mit brüchiger Stimme beschrieb Kurnaz am Donnerstag vergangener Woche vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss in Berlin sein Martyrium. Die Haare zurückgekämmt, der wallende Bart bis zum Bauchnabel, berichtete er über Ei-

senketten, an denen ihn die Amerikaner in Kandahar aufgehängt hätten (siehe Kasten) und von einer Isolationszelle auf Guantanamo, in der er ohnmächtig geworden sei, nachdem ihm die Wachsoldaten die Luftzufuhr abgedreht hätten. Viereinhalb Jahre lang saß er so in amerikanischer Haft, nachdem er Ende 2001 in Pakistan festgenommen worden war und im August 2006 entlassen wurde – als Unschuldiger. Schockiert reagierten erfahrene Parlamentarier wie der Liberale Max Stadler, der gestand, „wie schlecht es mir nach diesem Bericht geht“. Der Zeuge, befand der Ausschussvorsitzende Siegfried Kauder (CDU), sei sehr „glaubwürdig“.

Für Steinmeier war der Auftritt des gelernten Schiffsbauers hingegen ein Desaster. Denn mehr und mehr rückt nun in dem menschlichen Drama die Rolle der rot-grünen Bundesregierung in den Mittelpunkt, die mit dem Anspruch einer „menschenrechtsorientierten Außenpolitik“ (Joschka Fischer) angetreten war –



Minister Steinmeier, Ex-Häftling Kurnaz: Mit allen

und die nun im Verdacht steht, zumindest indirekt für die Folterungen mitverantwortlich zu sein, weil sie Kurnaz möglichst lange fern von deutschem Boden halten wollte. An entscheidender Stelle: der damalige Kanzleramtschef Steinmeier.

Dass die Bundesregierung schon im Herbst 2002 ein – zumindest mündliches – Angebot des US-Geheimdienstes CIA kannte, Kurnaz zurück nach Deutschland zu entlassen, berichtete der SPIEGEL bereits vergangenen März. Nach einer Guantanamo-Reise im September 2002 von zwei Beamten des Bundesnachrichten-

## Elektroschocks im Drahtkäfig

Wie deutsche Elite-Soldaten ein US-Gefängnis bewachten

Die Nacht damals im Januar 2002 in Kandahar war so kalt, dass das Trinkwasser in den Plastikcontainern gefror. Die Männer des Kommandos Spezialkräfte (KSK) trugen Wollmützen, Wüstenuniformen und G-36-Gewehre mit

Laserzielvorrichtung. Der nächtliche Auftrag sah Amtshilfe für die Vereinigten Staaten von Amerika vor: die „Begleitung der Gefangenen vom Flugzeug zum Gefangenenlager“ der US-Armee.

Taghell hatten die Amerikaner das Lager ausgeleuchtet, auf dem Flugfeld waren Militärmaschinen mit neuen Häftlingen gelandet, die es nun ins Lager zu transportieren galt. „Die Gefangenen waren maskiert und miteinander zusammengebunden“, erinnert sich Hauptfeldwebel L., der damals am Einsatz beteiligt war. Zusammen mit den GIs führte der Bundeswehrosoldat die Häftlinge durch das Tor ins Lager, vorbei an der Außenmauer aus Lehm und dem Wachhäuschen in einen der vier Käfige aus Draht, die nur provisorisch mit einer Dachplane geschützt waren. In einem

KSK-Soldaten in Afghanistan





JOCHEN ZICK / KEVSTONE (L.), SEAN GALLUP / GETTY IMAGES (R.)

*Mitteln die Rückkehr nach Deutschland blockiert*

dienstes (BND) und einem Verfassungsschutz-Kollegen hatte der Delegationsleiter notiert: „Noch am letzten Tag des Aufenthalts wurde den BND-Vertretern mitgeteilt, dass die Vorentscheidung gefallen sei, Kurnaz bis November dieses Jahres nach Deutschland zurückzubringen“; danach wollten die Dienste den Bremer als Informanten im islamistischen Milieu nutzen. Selbst als sich dieser Plan zerschlug, waren BKA, BND und BfV fest von Kurnaz' Entlassung überzeugt: „Laut Aussage der Amerikaner kann die Freilassung nicht mehr verhindert werden“, heißt es in einem bislang unbekanntem Protokoll einer

gemeinsamen Sitzung beim BKA in Meckenheim Ende 2002.

Wie ernst das CIA-Angebot gemeint war, gehört zu den Hauptfragen, die der Ausschuss noch zu klären hat. Am 29. Oktober 2002 jedenfalls einigten sich die Spitzen der Sicherheitsbehörden, von Innen- und Außenministerium sowie des Kanzleramts darauf, Kurnaz nicht nach Deutschland zu lassen. Das Innenministerium verfügte eine Einreisesperre, der Verfassungsschutz teilte den USA Anfang November 2002 mit, es bestehe der Wunsch, dass Kurnaz „nicht nach Deutschland zurückkehre“. Treibende Kräfte waren laut

internen Protokollen Steinmeier und der dem Kanzleramt unterstehende BND-Präsident August Hanning.

Zu ihrer Entlastung werden Steinmeier und Hanning vor dem Ausschuss wohl anführen, dass die CIA das Angebot zur Auslieferung von Kurnaz am 24. Februar 2003 zurückzog: „Zum gegenwärtigen Zeitpunkt wird seiner Verlegung aus Guantanamo nicht zugestimmt“, so die Amerikaner. Doch selbst danach tat die Bundesregierung viel dafür, den Bremer, den sie als Sicherheitsrisiko ansah, fern von Deutschland zu halten.

Im Oktober 2005, als wieder einmal das Gerücht aufkam, Kurnaz könne entlassen werden, for-

derte das Innenministerium die Sicherheitsbehörden auf, kompromittierende Erkenntnisse zu sammeln, „die gegen eine Einreise sprechen“ (SPIEGEL 2/2006). Zuvor, im Mai 2004, hatte bereits das Bundesinnenministerium die Bremer Landesregierung gedrängt, Kurnaz' Aufenthaltsrecht aufzuheben, da dieser sich nicht fristgerecht zurückgemeldet habe. Und um auch das letzte Schlupfloch zu schließen, berieten die Staatssekretäre Lutz Diwell (Inneres) und Georg Boomgarden (Außen) am 25. Oktober 2005 darüber, wie ein möglicher Visumantrag von Kurnaz doch noch abgelehnt werden könn-

von vier Käfigen legte der Deutsche die Gefangenen ab. Als alle Verdächtigen umgeladen waren, ging er Streife zwischen den Drahtverhauen.

Die Erinnerungen des Elitesoldaten L. und die von rund einem Dutzend seiner Kollegen, festgehalten in geheimen Vernehmungprotokollen der Staatsanwaltschaft Tübingen, sind die ersten offiziellen Dokumente, in denen der Einsatz des KSK in Afghanistan detailliert von den Soldaten selbst geschildert wird.

Eigentlich gehen die Tübinger Ermittler dem Vorwurf des Bremer Türken Murat Kurnaz nach, der behauptet, Anfang 2002 als Häftling in Kandahar von zwei KSK-Männern misshandelt worden zu sein. Doch die kurz vor Weihnachten protokollierten Berichte der Spezialeinheiten stellen nun mehr als das mögliche Vorgehen einzelner Soldaten in Frage: Die Schilderungen belegen, wie früh deutsche Soldaten von den menschenunwürdigen Methoden der Amerikaner bei der Jagd auf vermeintliche Terroristen wussten. Schlimmer noch: dass sie ihnen sogar halfen. Schließlich diente Kandahar als Basislager, aus dem Verdächtige in CIA-

Geheimgefängnisse und nach Guantanamo ausgeflogen wurden.

Die politischen Fernwirkungen der Vernehmungen von Tübingen sind deshalb noch nicht absehbar – denn bislang ist weder geklärt, wann die damalige rot-grüne Bundesregierung in allen Details von den Vorgängen im fernen Kandahar wusste, noch, wie sich diese Einsätze mit dem Bundestagsmandat vertragen.

Aufklären soll all diese Fragen der als Untersuchungsausschuss tagende Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages, vor dem der ehemalige Häftling Kurnaz vergangenen Mittwoch schilderte, wie es fernab in Kandahar zuging. „Die erste Nacht musste ich ohne Bekleidung auf der Erde schlafen“, erzählte der Mann, „später wurden wir gefoltert, geschlagen und getreten.“ Von Elektroschocks weiß Kurnaz zu berichten und von Wassertrögen, in welche die Köpfe der Häftlinge getaucht wurden.

Dass die Haftbedingungen katastrophal waren, blieb auch den Deutschen vor Ort nicht verborgen: „Die Gefangenen haben ihre Notdurft innerhalb der Käfige verrichtet“, erinnert sich ein Leut-

nant. Wie fragwürdig die Mission in einem solchen Lager war, schwante auch den normalerweise im beschaulichen Städtchen Calw stationierten Männern des „1. Kontingents der Operation Enduring Freedom“, wie die ersten Elitesoldaten in Afghanistan offiziell genannt wurden. Sie entschlossen sich zu einer speziellen Art der Tarnung: Vor dem Einsatz klebten die KSK-Männer die deutsche Fahne an der Uniform ab oder übermalten sie mit Tarnfarben, erinnert sich der Hauptfeldwebel F. Die Soldaten hätten vor dem Einsatz die Absprache getroffen, sich nicht als Deutsche zu erkennen zu geben, so ein beteiligter Leutnant. Der gesamte Einsatz sei „als geheim“ eingestuft gewesen.

Mit dem Mandat, wie es der Bundestag 2001 ausstellte, war das Vorgehen des KSK wohl kaum vereinbar. Darin wurde zwar festgelegt, dass die „Operation Enduring Freedom“ das Ziel habe, „Terroristen zu bekämpfen, gefangenzunehmen und vor Gericht zu stellen“ – allerdings auf Grundlage des Völkerrechts und der Charta der Vereinten Nationen.

HOLGER STARK